

2. Zwischenbericht

Modellprojekt zur Einrichtung einer Fachstelle Wohnungssicherung mit dem Schwerpunkt von Hilfen für Familien im ländlichen Raum



Gefördert vom:



Inhalt

Inhalt.....	1
1. Einleitung.....	2
2. Auswertung der Daten	5
2.1 Ausgangssituation	8
2.2 Kontakte	9
2.3 Haushaltsstruktur	10
2.4 Altersverteilung	11
2.5 Einkommensstruktur	12
2.6 Migrationshintergrund	13
2.7 Zugang zur Fachstelle	14
2.8 Vermieter	15
2.9 Primäre Problemlagen.....	16
2.10 Kontaktaufnahme.....	17
2.11 Art der Unterstützung	18
2.12 Ergebnis / Wirkung der Fachstellenarbeit.....	19
3. Vernetzung	20
4. Zwischenresümee.....	21

1. Einleitung

Das „Modellprojekt Fachstelle Wohnungssicherung mit dem Schwerpunkt von Hilfen für Familien im ländlichen Raum“, das das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) für den Zeitraum von 2014-2016 fördert, wird vom AGJ-Fachverband Freiburg in Kooperation mit dem Diözesancaritasverband für die Erzdiözese Freiburg durchgeführt.

Hinsichtlich des familienpolitischen Schwerpunktes weist das Modellprojekt ein Alleinstellungsmerkmal im Bereich der Fachstellen zur Wohnraumprävention im ländlichen Raum in Deutschland auf, da bislang kaum Kenntnisse über die Anzahl und Zusammensetzung von Wohnungslosigkeit bedrohter Familien im ländlichen Raum und über die Art und den Umfang präventiver Hilfen besteht. So bilden diese Situation sowie die steigenden Zahlen von Zwangsräumungen und eine zunehmende Zahl von Personen, die die Angebote der AGJ-Wohnungslosenhilfe im Landkreis Lörrach erreicht haben, den Hintergrund dieses Projekts.

Zielsetzung der Fachstellenarbeit

Oberstes Ziel der Modellprojekt-Arbeit ist die Vermeidung von Wohnungslosigkeit und die Schaffung von Netzwerkstrukturen, die an der Verhinderung von Wohnungslosigkeit mitwirken.

Im Zeitraum von drei Jahren sollen durch Präventionsmaßnahmen und durch bedarfsgerechte Hilfen und Strukturen in den Kommunen Wohnungsverluste mit ihren sozialen und wirtschaftlichen Folgen im Vorfeld vermieden, bestehende Wohnverhältnisse gesichert und die Handlungsfähigkeit von Menschen in Wohnungsnotfällen gestärkt werden.

Fragestellungen des Modellprojekts und erhobene Daten

Das Modellprojekt wird von Herrn Prof. Dr. Süleyman Gögercin von der Dualen Hochschule Baden-Württemberg Villingen-Schwenningen wissenschaftlich begleitet. In diesem Rahmen wurden folgende Fragen formuliert:

1. Wird die Zielgruppe der von Wohnungsverlust bedrohten Familien bzw. Mehrpersonenhaushalte erreicht?
2. Wie ist die Unterkunftssituation der Familien am Anfang und bei der Beendigung der Hilfen?
3. Wie ist die finanzielle Situation am Anfang und bei der Beendigung der Hilfen?
4. Wird eine Betreuungskontinuität erreicht oder handelt es sich um einmalige Kontakte?
5. Welche Beratungsmethoden erweisen sich als besonders sinnvoll im Kontext zur Prävention von Wohnungsnotfällen (z.B. mediative Konfliktberatung)?
6. Gelingt es die Gesamtsituation der Einzelpersonen/Familien zu stabilisieren oder zu verbessern?
7. Konnte die Netzwerkstruktur für den Bereich der Prävention von Wohnungsverlusten verbessert werden?
8. Wie kann Obdachlosigkeit, insbesondere im ländlichen Raum, verhindert bzw. beseitigt werden?
9. Liefern die erzielten Ergebnisse des Modellprojektes Rückschlüsse für soziodemographisch vergleichbare Regionen im Bundesgebiet?

Die für die Beantwortung dieser Fragen erforderlichen Daten wurden regelmäßig im Rahmen einer Selbstevaluation von der Projektmitarbeiterin im Erich-Reisch-Haus Lörrach erhoben.

Dass im Rahmen eines Zwischenberichts nicht alle der o.g. Fragestellungen bearbeitet werden können, versteht sich. Der vorliegende Zwischenbericht dokumentiert neben der Sozialstruktur der Hilfesuchenden die Aktivitäten und Lösungsansätze der Fachstelle für Wohnungssicherung im Zeitraum vom 01.01.2015 bis zum 31.12.2015. Bevor im Folgenden die Ergebnisse der Analysen von erhobenen Daten vorgestellt und kurz diskutiert werden sollen, erfolgt eine kurze Beschreibung der Fachstellenarbeit.

Fachstellenarbeit

Die Fachstelle zur Wohnungssicherung ist in Lörrach im Erich-Reisch-Haus des AGJ-Fachverband Freiburg angesiedelt. Die Fachstellenarbeit wird von der Dipl.-Sozialarbeiterin FH Frau Sylvia Ziegler geleistet. Sie wird vom Leiter der AGJ-Wohnungslosenhilfe im Landkreis Lörrach, Herrn Stefan Heinz unterstützt.

Abgesehen von der ersten Phase (Januar/Februar 2014), in der die ersten Daten (siehe oben) durch den AGJ-Fachverband und die wissenschaftliche Begleitung evaluiert wurden, lässt sich die fallbezogene Fachstellenarbeit auch für den Berichtszeitraum vom 1.1.2015-31.12.2015 wie folgt skizzieren:

Nach einer Mitteilung über eine Räumungsklage vom Amtsgericht an die Fachstelle wird von der Fachstelle den betroffenen Mietern umgehend ein Beratungsangebot in Form einer Einladung zum Gesprächstermin unterbreitet. Erfolgt keine Reaktion auf die schriftliche Einladung, wird versucht telefonisch oder anderweitig mit den Betroffenen Kontakt aufzunehmen.

Kommt der Kontakt zustande, wird mit den Betroffenen die Möglichkeit des Wohnungserhalts geklärt. Die Unterstützungsleistungen der fallbezogenen Fachstellenarbeit können ab diesem Zeitpunkt sehr umfassend sein: Die Fachstelleninhaberin prüft, ob die Betroffenen für die infrage kommenden Transferleistungen und weitere Ansprüche bezugsberechtigt sind, und unterstützt sie bei deren Realisierung. Darüber hinaus informiert sie über Hilfemöglichkeiten und deren Voraussetzungen, gibt Hilfestellung bei der Einkommenssicherung und in finanziellen Angelegenheiten, Budgetberatungen, unterstützt sie beim Umgang mit Ämtern und Institutionen, bei Verhandlungen/Vereinbarungen mit Vermietern und Energieunternehmen, in juristischen und Verfahrensfragen; berät und unterstützt sie in persönlichen Angelegenheiten und in sonstigen im Zusammenhang mit der Wohnungsnotfallproblematik relevanten Fragen. Sie betreibt Krisenintervention (ggf. in Kooperation mit anderen Hilfen, z.B. Schuldnerberatung, Psychiatrie) und vermittelt an andere Stellen zur Nachbetreuung und Nachhaltigkeit. Da, wo es notwendig ist, in der Regel bei psychosozialen Problemen, berät und motiviert die Fachstelle die Betroffenen zur Annahme von ergänzenden und ggf. auch weiterführenden Hilfen anderer Institutionen wie des Jobcenters, des Jugendamts oder sonstiger Fachdienste im Landkreis. Diese Kooperationspartner tragen ihrerseits erheblich zu einer Lösung der Fälle bei und unterstützen im Idealfall auch durch finanzielle Leistungen z.B. in Form von Miet- und Energieschuldenübernahmen. Auch deshalb sind Kooperationspartner bei der direkten Fallbearbeitung von besonderer Relevanz.

Eine besondere Schwierigkeit in der Arbeit der Fachstelle war/ist die Erreichbarkeit der von Wohnungslosigkeit bedrohten Personen. Da der drohende Wohnungsverlust vielfach am Ende einer Kette von wirtschaftlichen und sozialen Problemen steht, bleiben häufig nur noch Resignation und Hilflosigkeit. Von zentraler Bedeutung für die Fachstellenarbeit ist daher die Möglichkeit der Fachstelle, Informationen über bereits eingereichte Räumungsklagen und Zwangsräumungen vom Amtsgericht und/oder der Stadt/Kommunen zu erhalten. Nur so kann es gelingen, die betroffenen Personen durch qualifiziertes Fachpersonal zu erreichen und entsprechende finanzielle und/oder sonstige Hilfen anzubieten.

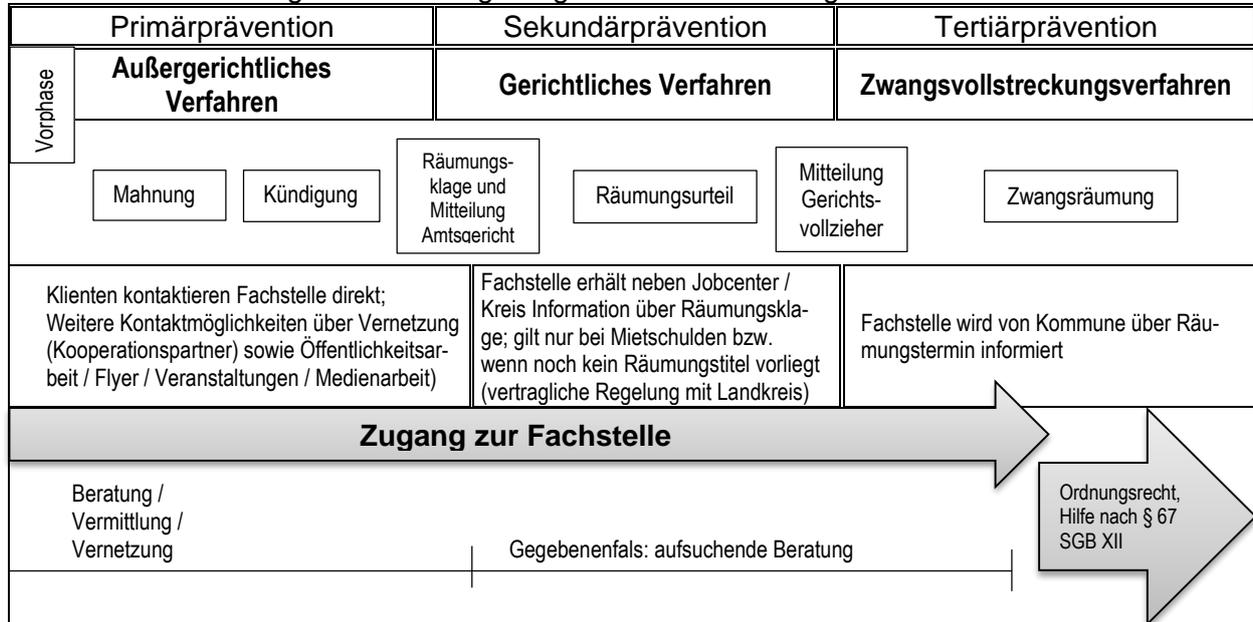
Parallel dazu wurde im Berichtszeitraum eine neue Website für die Fachstelle erarbeitet, die neben den Kontaktdaten direkte Kontaktmöglichkeiten eröffnet. Zudem erläutert die Website das Räumungsverfahren vereinfacht und macht auf mögliche Hilfen und Interventionsschritte aufmerksam.¹

Diese fallbezogene Wohnungssicherungsarbeit erfordert eine Vernetzung, da in der Durchführung der Hilfen in Wohnungsnotfällen und der Prävention von Wohnungslosigkeit zahlreiche Akteure beteiligt sind.

¹ www.fachstelle-wohnungssicherung.de

Der Ablauf der Verhinderung von Wohnungslosigkeit unter Mitwirkung der Fachstelle, der Amtsgerichte und Kommunen lässt sich wie folgt abbilden.

Abb. 1: Verhinderung von Wohnungslosigkeit unter Mitwirkung der Fachstelle im Ablauf



Erstellt in Anlehnung an: GISS Bremen, in: Busch-Geertsema, V./Evers, J./Ruhstrat, E.-U. – GISS Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung e.V.: Prävention von Wohnungslosigkeit in Nordrhein-Westfalen. Bremen 2014, S. 28; sowie Heinz, S.: Prävention von Wohnungsnotfällen. Unveröffentlichtes PPP-Skript 2014.

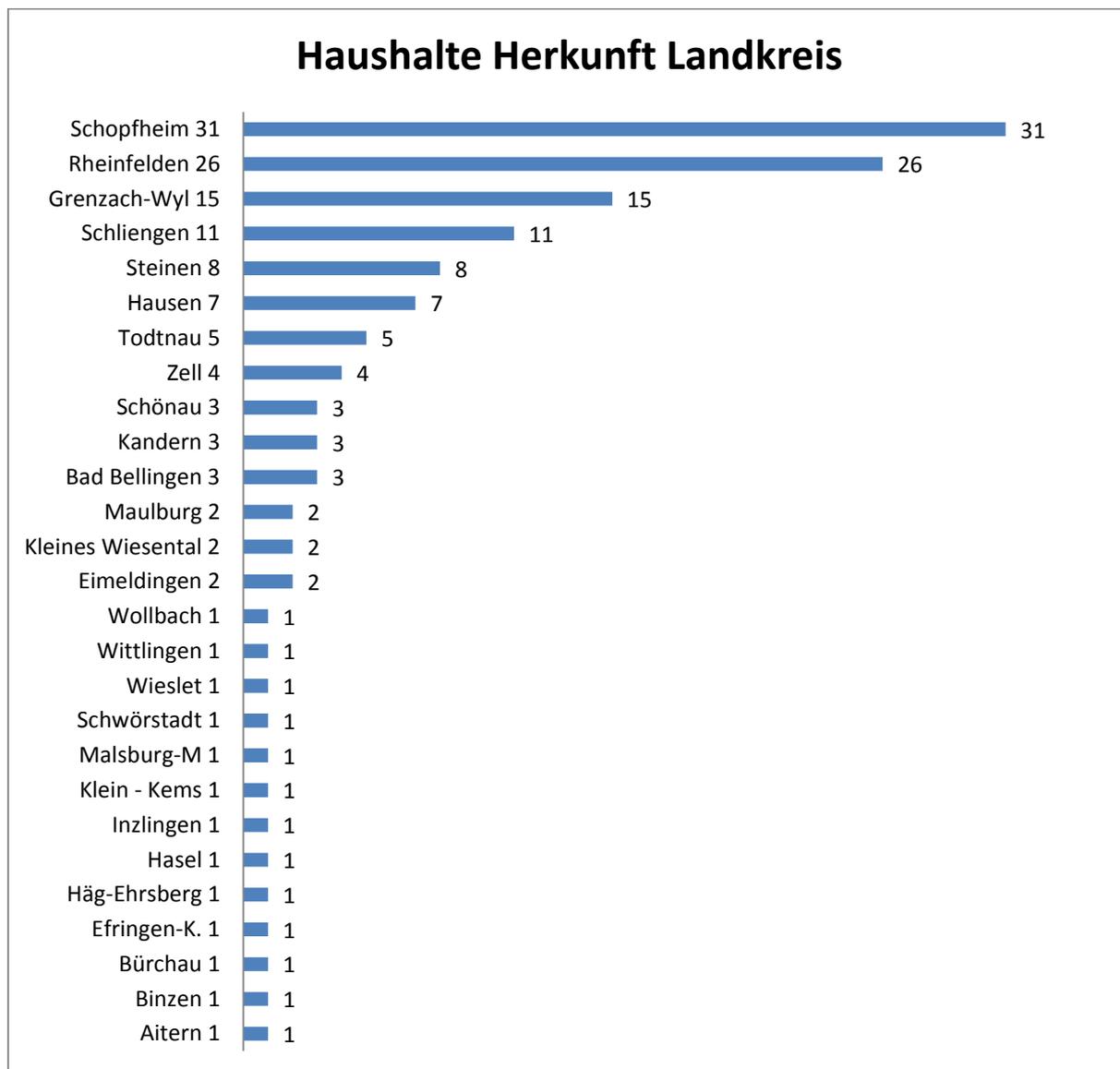
2. Auswertung der Daten

Insgesamt wurde die Fachstelle im Berichtszeitraum in 135 Fällen tätig. Im Vorjahr waren es noch 115 Haushalte. Wie der unteren Grafik zu entnehmen ist, handelte es sich bei den meisten davon um Haushalte, die unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht waren (98 %), während nur einer von Wohnungslosigkeit aktuell betroffen war. In unzumutbaren Wohnverhältnissen lebte ebenfalls 1 % der im Berichtszeitraum Erfassten.²

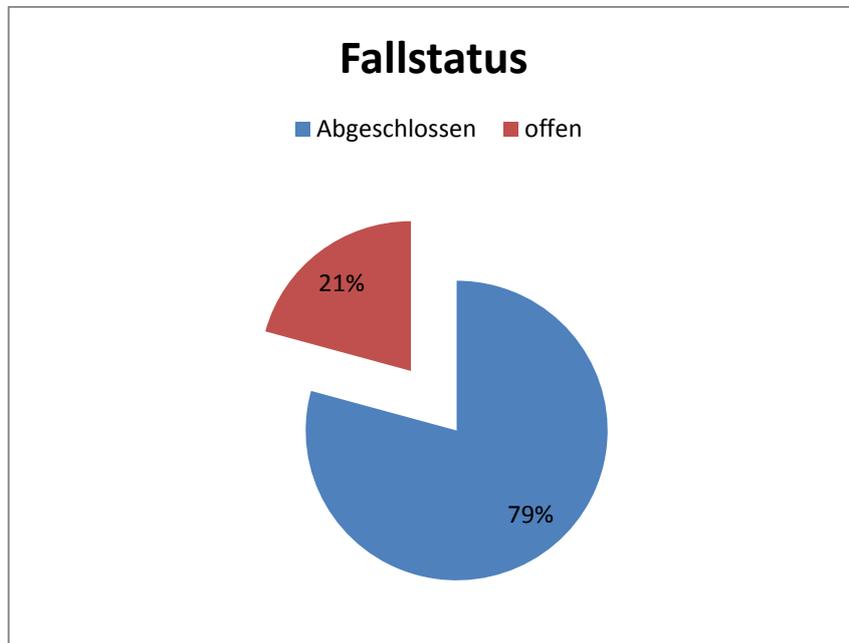


² Die hier verwendeten Wohnungsnotfallvariablen lehnen sich an die, die von der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. / BAGW verwendet werden und die Lebenslage von Wohnungsnotfällen beschreiben. Darunter versteht BAGW „Haushalte und Personen mit einem Wohnungsbedarf von hoher Dringlichkeit, die aufgrund besonderer Zugangsprobleme (finanzieller und/oder nicht-finanzieller Art) zum Wohnungsmarkt der besonderen institutionellen Unterstützung zur Erlangung und zum Erhalt von angemessenem Wohnraum bedürfen. Zu den Wohnungsnotfällen zählen Haushalte und Personen, die A. aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen sind, [...] B. unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht sind, [...] C. in unzumutbaren Wohnverhältnissen leben, [...] D. als Zuwanderinnen und Zuwanderer in gesonderten Unterkünften von Wohnungslosigkeit aktuell betroffen sind, [...] E. ehemals von Wohnungslosigkeit betroffen oder bedroht waren, mit Normalwohnraum versorgt wurden und auf Unterstützung zur Prävention von erneutem Wohnungsverlust angewiesen sind.“ (BAG Wohnungslosenhilfe e.V. 2010)

Die Herkunftsorte der Haushalte verteilen sich wie bereits im Vorjahr in unterschiedlicher und zum Teil sehr voneinander abweichender Anzahl auf 27 der insgesamt 35 Gemeinden in dem Landkreis Lörrach. Im Vorjahr waren es 26 Gemeinden.



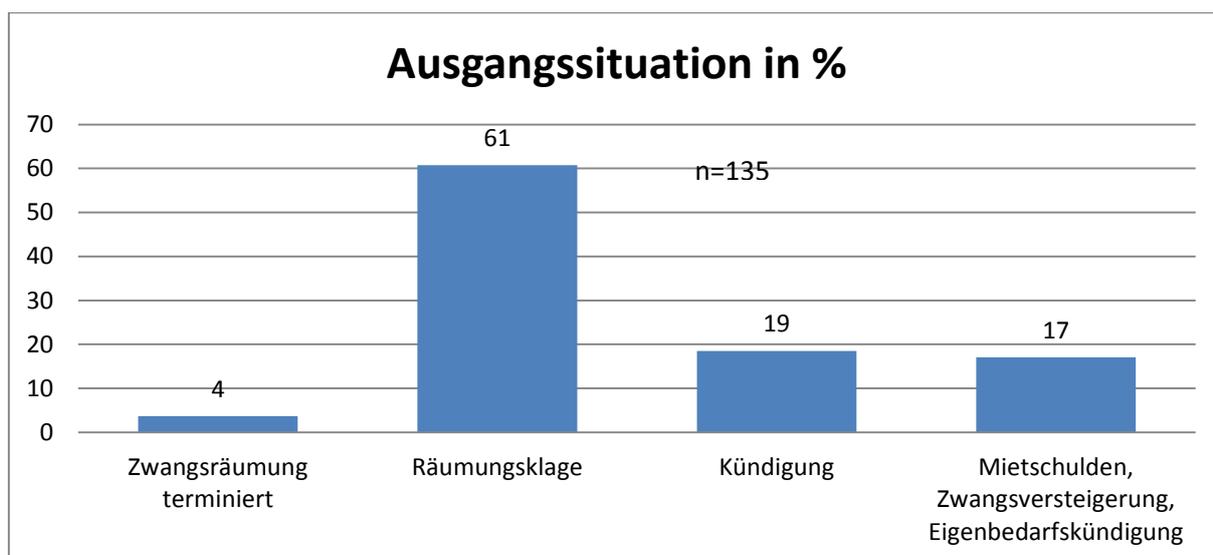
Was den Fallstatus betrifft, so waren 79 % (Vorjahr 73%) der Fälle bereits abgeschlossen. Die restlichen 21 % sind noch offen.



2.1 Ausgangssituation

Mit der Ausgangssituation ist die Situation gemeint, mit der die Betroffenen beim ersten Kontakt mit der Fachstelle konfrontiert waren. (Vorjahreswerte in Klammern)

Hierbei dominiert die Gruppe, bei der bereits die Räumungsklage anhängig ist mit 61 % (68,4 %). Bei 19 % liegt eine Kündigung vor (19 %). Bei 4 % (12,6 %) ist bereits eine Zwangsäumung terminiert.³ Weitere 17 % (16 %) sind von Mietschulden oder anderen finanziellen Wohnungsproblemen betroffen. Insbesondere bei Mietschulden sucht diese Gruppe frühzeitig die Hilfe der Fachstelle.

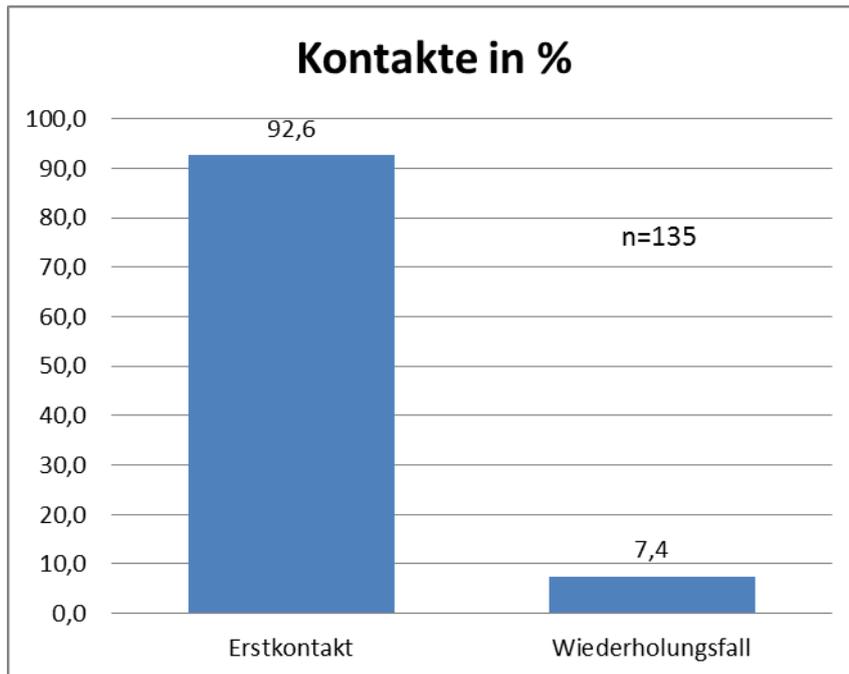


³ Es bestehen keine Vereinbarungen über die Weitergabe von Zwangsäumungsmittellungen mit Kommunen im Landkreis.

2.2 Kontakte

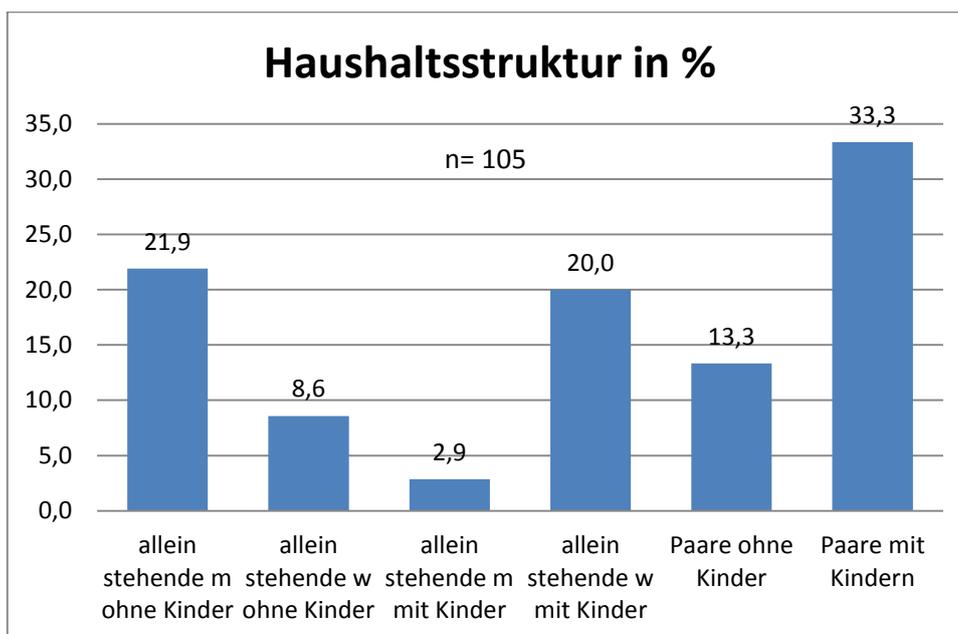
Bei nur zehn von 135 Fällen handelte es sich um einen erneuten Kontakt. Das heißt, dass es im zweiten Auswertungszeitraum bei 92,6 % (96,5 %) der Haushalte zu einer Erstintervention kam und 7,4% (3,5 %) der Haushalte in den ersten beiden Jahren ein weiteres Mal nach Abschluss der Erstintervention in die Beratung kamen.

Obwohl die Zahl der Wiederholungsberatungen etwas zugenommen hat kann weiterhin die Nachhaltigkeit der Beratung konstatiert werden.



2.3 Haushaltsstruktur

Der Grafik kann man entnehmen, dass mit 33,3 % (Vorjahr: 33,3 %) die alleinstehenden Männer im Sample dominieren. Nimmt man aber die alleinstehenden und Paare mit Kindern als Familien zusammen, so wurden 56,2 % (57 %) Familien erreicht. Vergleicht man diese Zahlen der Haushaltsstruktur der Wohnungsnotfälle im ländlichen Raum mit denen im urbanen Raum, wurden beim Vergleichsprojekt der Fachstelle Lörrach lediglich 39,3 % Familien erreicht. Damit kann festgehalten werden, dass die Fachstelle mit 17 % mehr erreichten Familien auch im zweiten Jahr die Zielgruppe erreicht.

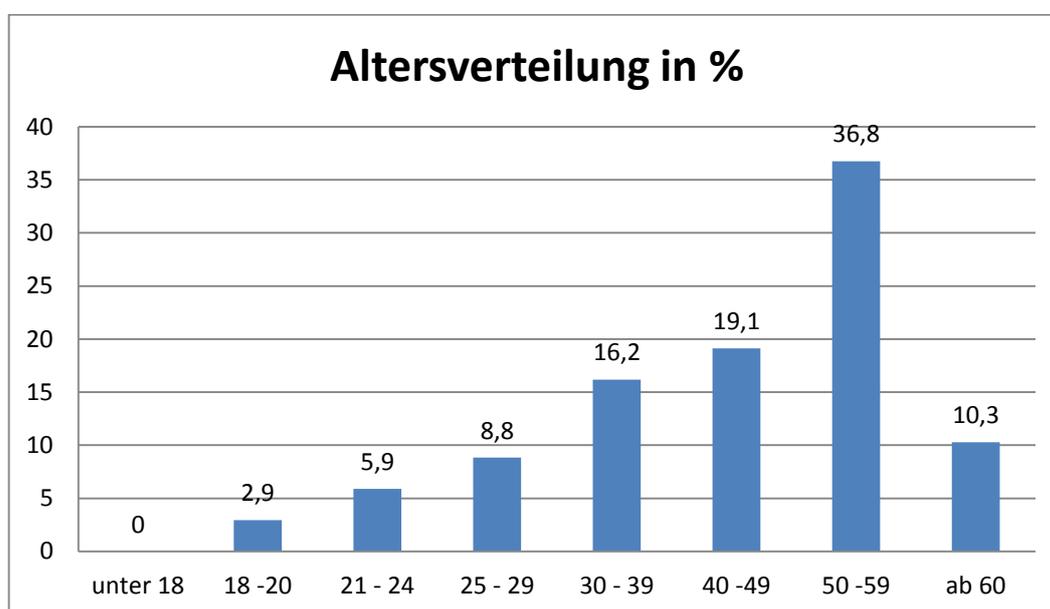


2.4 Altersverteilung

Das Alter wurde im Jahr 2015 erstmals erhoben (Alter des Haushaltsvorstandes). Ein Schwerpunkt lässt sich mit 36,8 % bei der Gruppe der 50-59 jährigen Personen ausmachen.

Im Vergleich zur Untersuchung der GISS zur Wohnungslosigkeit in Baden-Württemberg und zur Liga Stichtagserhebung 2015 liegt der Anteil der über 50-Jährigen im Modellprojekt um etwa 10 % höher. Bei beiden Untersuchungen wurden jedoch Personengruppen untersucht, die bereits obdachlos waren bzw. sich in Hilfesystemen nach §§ 67 ff. SGB XII befanden.⁴

Der auffallend hohe Wert sollt mit Blick auf das Thema Altersarmut gut beobachtet und zukünftig weiterhin ausgewertet werden.



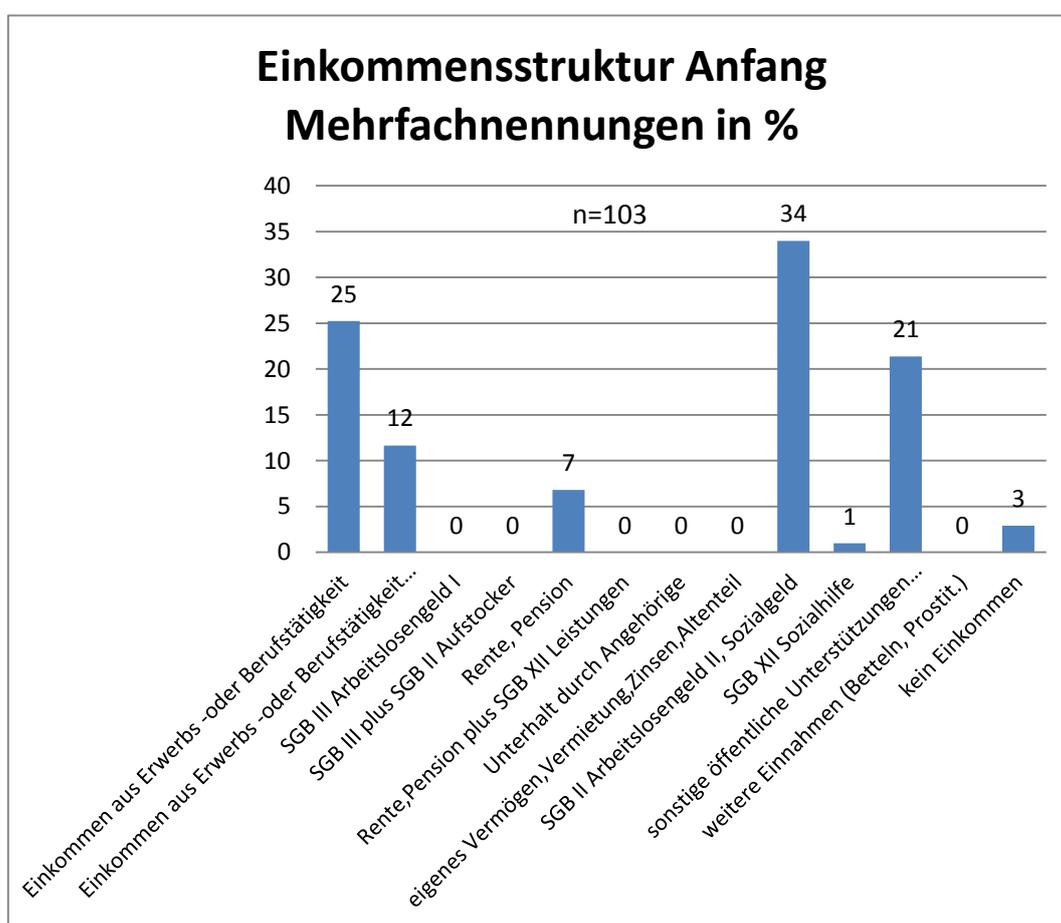
⁴ Vgl. Giss 2014 https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Publikationen/Bericht_Wohnungslosigkeit_BW_GISS-Studie.pdf, S. 45 und vgl. Liga Stichtagserhebung 2015: <http://www.liga-bw.de>

2.5 Einkommensstruktur

Bei der Einkommensstruktur dominiert erwartungsgemäß die Gruppe der Bezieher von SGB II – Leistungen mit 34 % (Vorjahr: 36 %). Die Erfahrung bisheriger Fachstellenmodelle wiederholt sich auch hier: SGB II-Bezug schützt nicht vor Wohnungsnot und drohendem Wohnungsverlust.

An zweiter Stelle folgt die Gruppe der Erwerbstätigen mit 25 % (18,4 %). Es handelt sich bei den erreichten Haushalten oft um prekär Beschäftigte, die es nicht schaffen, aus ihrem Lohn die Wohnung zu bezahlen. Zu dieser Gruppe sind auch die 12 % (4 %) Haushalte zu addieren, die zum Gehalt ergänzende Sozialleistungen nach SGB II erhalten.

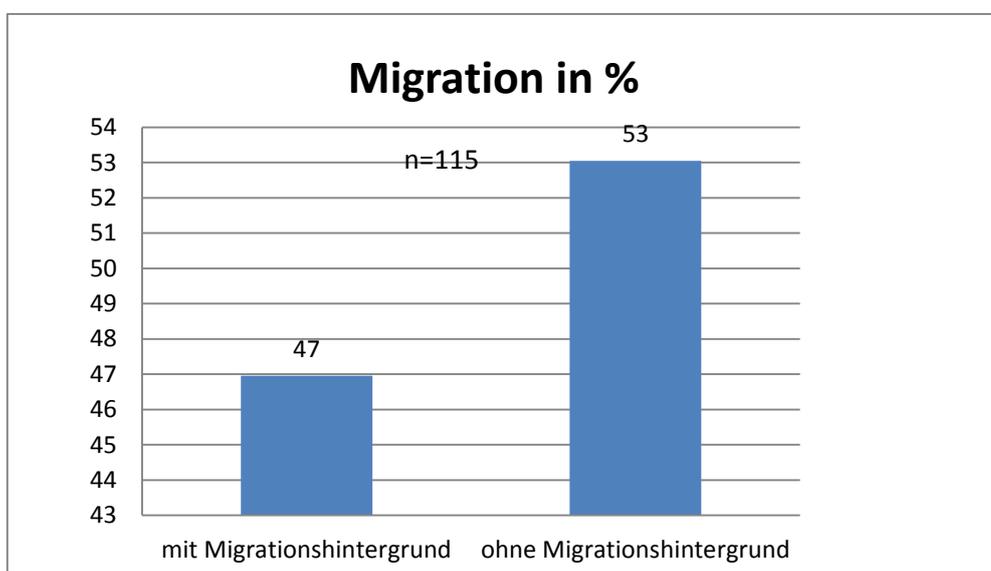
Ein weiterer Parameter sind die Rentnerinnen und Rentner, die mit 7% (11,2 %) den vierten Rang nach den 21 % (11,2 %) Empfängern sonstiger öffentlicher Unterstützungsleistungen einnehmen.



2.6 Migrationshintergrund

In 47 % (Vorjahr: 43,3 %) der von der Fachstelle erreichten Haushalte leben Menschen mit Migrationshintergrund. Somit liegt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund erheblich über dem Anteil, den der Personenkreis an der Gesamtbevölkerung von Baden-Württemberg (27,1 %) einnimmt.⁵

Bereits im zweiten Jahr in Folge fällt aber auf, dass es Migranten offensichtlich schwer fällt, öffentliche Leistungen zu beantragen – hier spielen die Faktoren Sprache und Mentalität (Schamgefühle) eine wichtige Rolle. Komplexe rechtliche Zusammenhänge sowie behördliche Abläufe und Inhalte stellen für sie aufgrund ihrer ungenügenden Sprachkenntnisse eine Überforderung dar. Eine weitere Vermutung besteht darin, dass Migrantinnen und Migranten eher aus den Ballungszentren in den ländlichen Raum umziehen, da die Mieten dort niedriger sind. Als Handicap erweisen sich jedoch die gesenkten Mietobergrenzen, die nicht selten zu Mietschulden führen, da eine Unterstützung durch das Jobcenter nicht möglich ist.

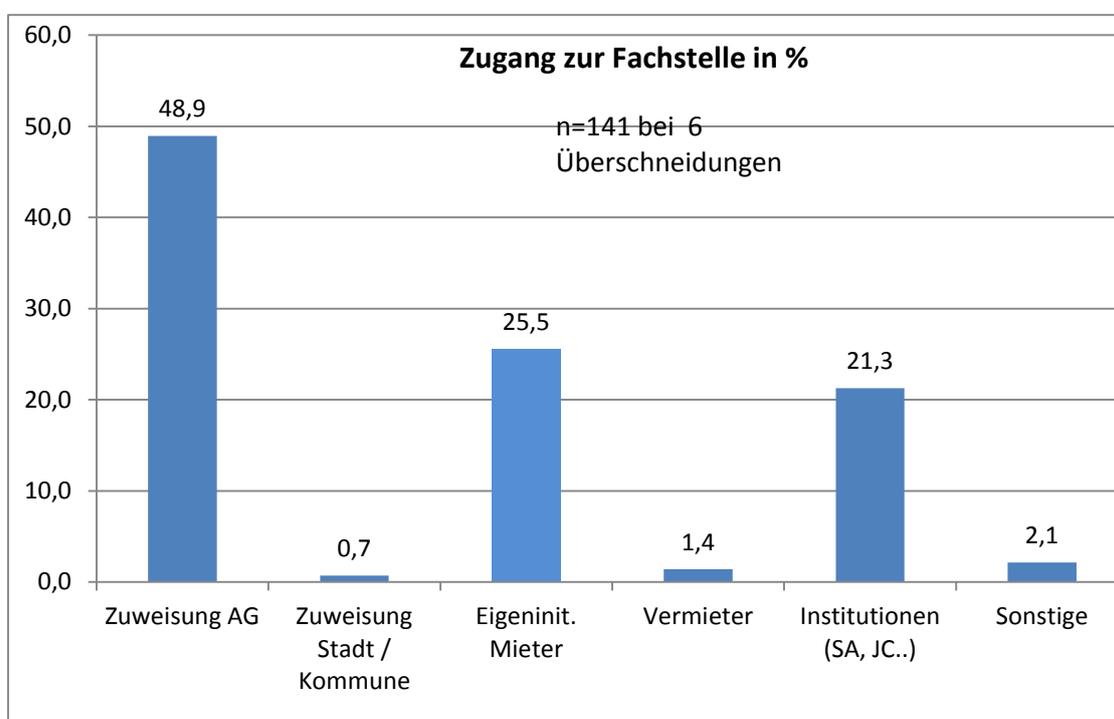


⁵ vgl. Stat. Landesamt 2015 mit Daten aus dem Jahr 2014, vgl.: http://www.statistik-portal.de/BevoelkGebiet/Indikatoren/BV-BS_migranten.asp, Zugriff vom 1.2.16

2.7 Zugang zur Fachstelle

Die Fachstelle erreichte die größte Gruppe mit 48,9 % (Vorjahr: 39,3 %) über die direkten Zuweisungen der Amtsgerichte. Hier bewährt sich, dass die Fachstelle in Delegation des Landkreises von den Amtsgerichten Lörrach, Schopfheim und Schönau direkt informiert wird. Etwa 25,5 % (30 %) der Haushalte haben die Stelle aus Eigeninitiative erreicht. Dieser Wert ist immer noch etwas höher als in unseren bisherigen Projekten (Vergleich Stadt Lörrach 2015: 22,8 %) und als positives Zeichen zu werten (Erfolg der Öffentlichkeitsarbeit, Intensivierung der Vernetzung). Obwohl die privaten Vermieter mit 83,5 % (84,5 %) den Hauptanteil bei den Vermietern einnehmen, haben sie auch im zweiten Jahr des Modellprojektes die Fachstelle in seltenen Fällen zuerst kontaktiert. Hier werden noch präventive Potenziale gesehen, wenn sich die Vermieter frühzeitig mit der Fachstelle in Verbindung setzen. Diese Annahme wird bestätigt, wenn man bedenkt, dass auch die Mehrzahl der Wohnungssicherungen in Wohnraum von privaten Vermietern stattfand.

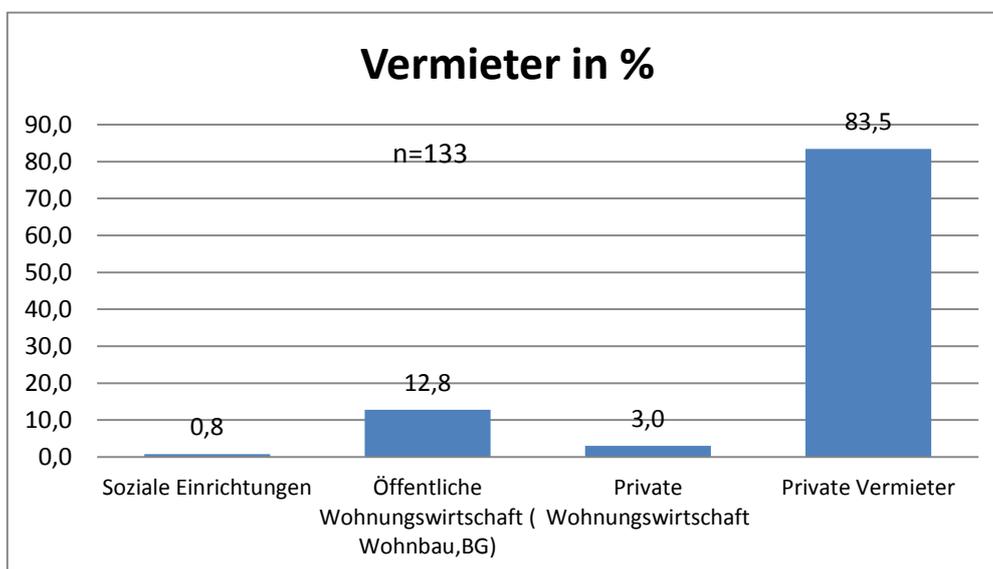
Sehr positiv ist auch die Tatsache, dass 21,3 % (20,5 %) der Zugänge durch andere Institutionen vermittelt wurden (Jobcenter, SD I-IV / Jugendamt/andere Beratungsdienste der LIGA), wobei es starke sozialräumliche Unterschiede gibt.



2.8 Vermieter

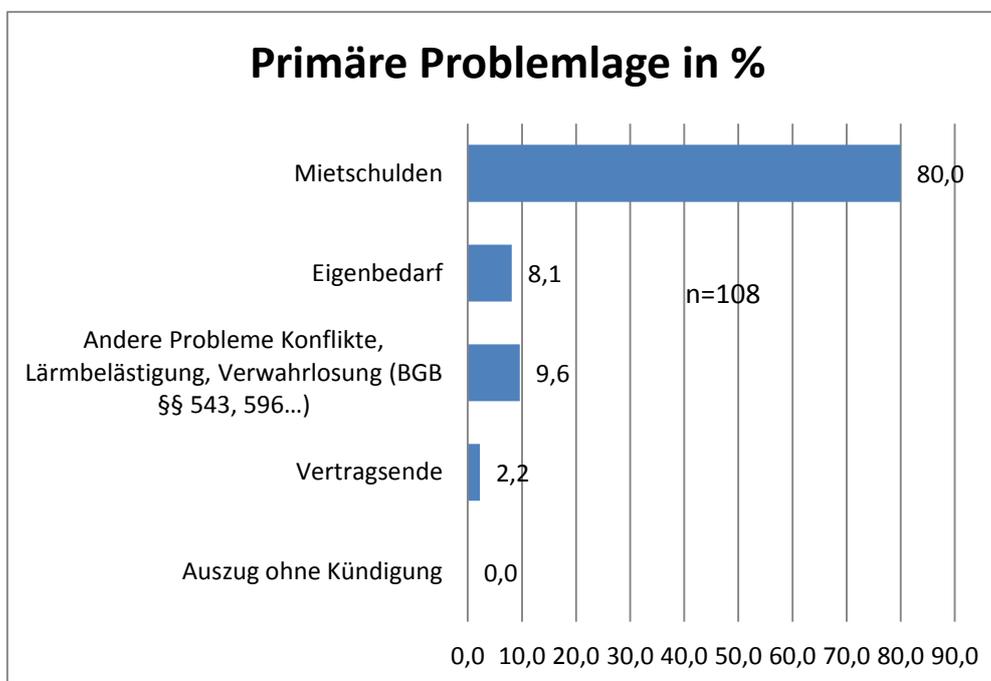
Bei der Auswertung dominiert die Gruppe der privaten Vermieter mit 83,5 % (Vorjahr: 84,5 %). Die Wohnungssicherung ist bei privaten Vermietern eher schwieriger, zumal diese oft viel länger mit Kündigung und Räumungsklage warten und sich höhere Mietschulden anhäufen. Zudem ist die Kooperation auch deshalb eher schwieriger, da unterschiedliche Anwälte involviert sind oder die privaten Vermieter aufgrund der hohen Außenstände nicht mehr bereit und finanziell in der Lage sind, dem Verbleib der Mieter in der Wohnung im Rahmen einer Wohnungssicherung zuzustimmen.

Öffentliche Wohnungsgeber sind im ländlichen Raum nach wie vor weniger vertreten und nehmen mit 12,8 % (10,9 %) eine untergeordnete Rolle ein. Ziel der Fachstelle muss es dennoch sein, verbindliche Kooperationen mit den öffentlichen Wohnungsgebern herzustellen (Wohnbau, Baugenossenschaften). Mit diesem Ansatz konnten in Lörrach bereits gute Erfahrungen gemacht werden und Wohnungsverluste im Vorfeld zum Räumungsverfahren verhindert werden.

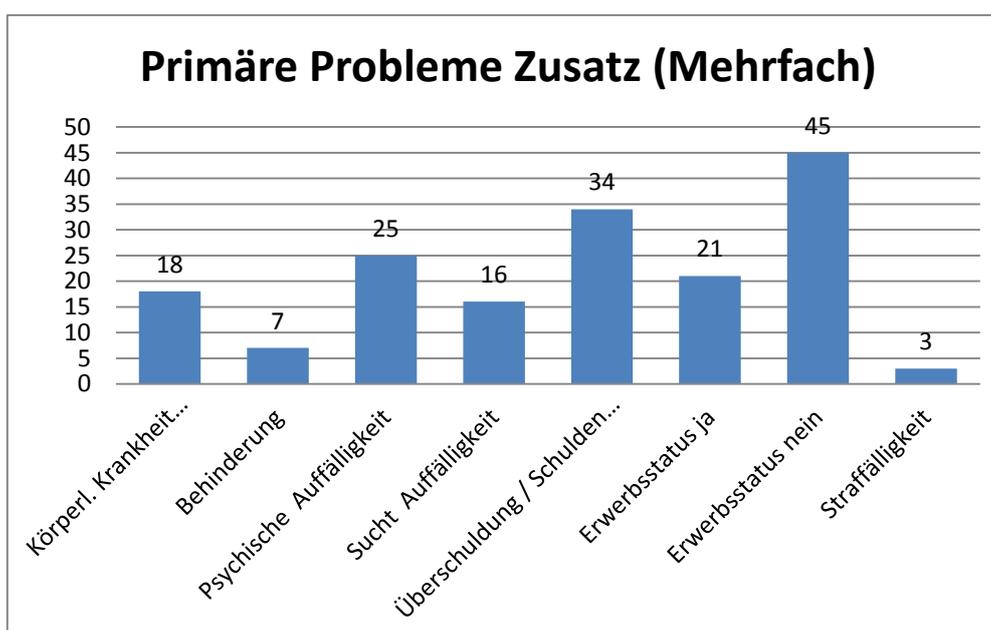


2.9 Primäre Problemlagen

Mietschulden dominieren mit 80% (Vorjahr: 79 %) bei den primären Problemlagen. Mit 9,6 % (11,57 %) stellte die Fachstelle auch andere Probleme fest (z.B. Konflikte im Wohnumfeld). Gestiegen ist der Anteil der 8,1 % (3,3 %) Haushalte, die wegen Eigenbedarf eine Kündigung erhalten haben.



Bei einer näheren Betrachtung der primären Probleme ist festzustellen, dass diese sich beziehen auf die Faktoren Erwerbslosigkeit, Überschuldung, psychische Probleme, Krankheit, und Behinderung. Die Zahl der Erwerbstätigen hat sich auf 21 Haushalte erhöht (Vorjahr: 10).

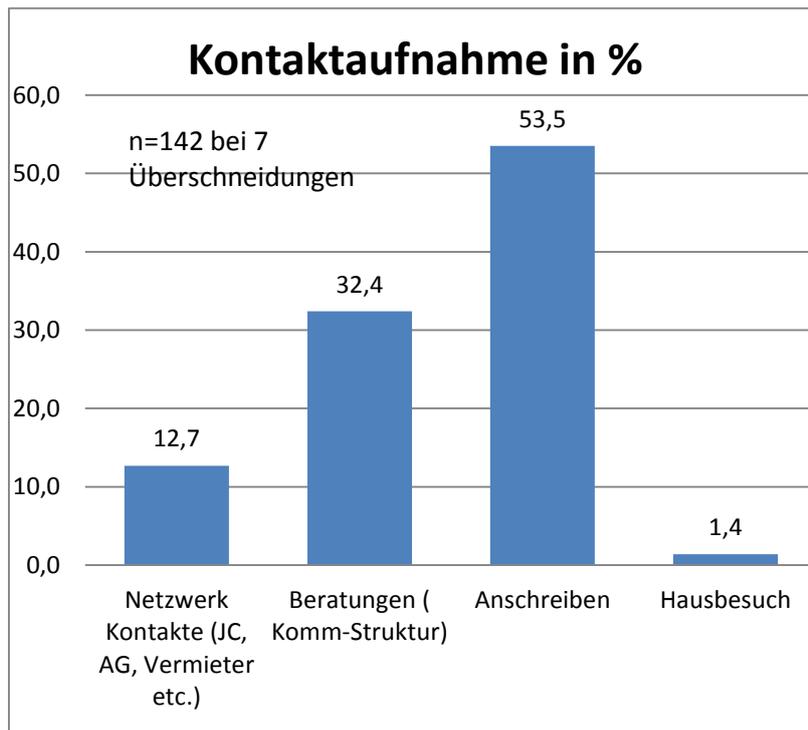


2.10 Kontaktaufnahme

Weiterhin bewährt haben sich Anschreiben und Beratungen im Rahmen der Kommstruktur mit knapp 86 % (Vorjahr: ca. 88%). Etwa 13 % (12 %) machen Netzwerkkontakte aus. Es ist aufgefallen, dass der Anteil der Haushalte bei denen die Kontaktaufnahme über Anschreiben stattgefunden hat, um ca. 7 % gestiegen ist. Gleichzeitig ist der Anteil der Beratungen im Rahmen der Komm-Struktur um etwa 9 % gesunken. Diese Schwankung muss weiterhin beobachtet werden. Der Hauptgrund hierfür könnte in dem noch nicht so hohen Bekanntheitsgrad der Fachstelle gerade im ländlichen Raum liegen.

Weiterhin nahmen aufsuchende Kontakte in Form von Hausbesuchen eine eher untergeordnete Rolle ein. Ziel des Projektes war es in einer zweiten Phase verstärkt Erfahrungen mit aufsuchender Arbeit zur Beratung zu sammeln. Dabei machte sich bemerkbar, dass gerade im ländlichen Raum besondere Herausforderungen vorhanden sind (räumliche Ausdehnung, Zeitaufwand etc.). Aufsuchende Hausbesuche zur Kontaktaufnahme sind unter den bestehenden Bedingungen und dem sehr begrenzten Stellendeputat kaum möglich und konnten nur bei zwei Haushalten exemplarisch mit einem erheblichen Zeitaufwand durchgeführt werden. Jedoch kann nach Herstellung des Erstkontakts in Form von Telefonaten sehr wohl aufsuchend unterstützt werden.

Persönliche Kontakte erweisen sich im Modellprojekt als sehr hilfreich.

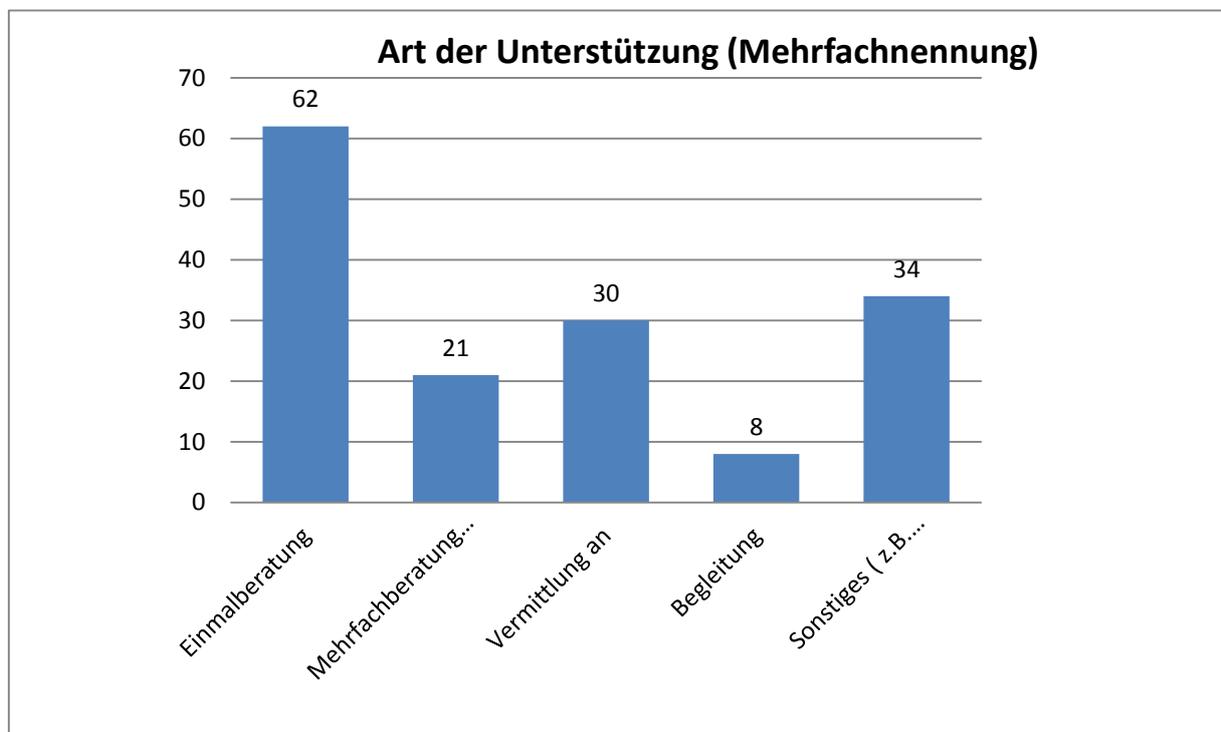


2.11 Art der Unterstützung

Bei 62 der unterstützten Haushalte fanden Einmalkontakte statt (Vorjahr: 47 Haushalte). 30 Mal (22 Mal) wurde zusätzlich an andere Fachstellen vermittelt, 21 Mal (14 Mal) wurden Mehrfachberatungen durchgeführt und elfmal intensivere Begleitungen z.B. zu Behörden oder zum Gericht.

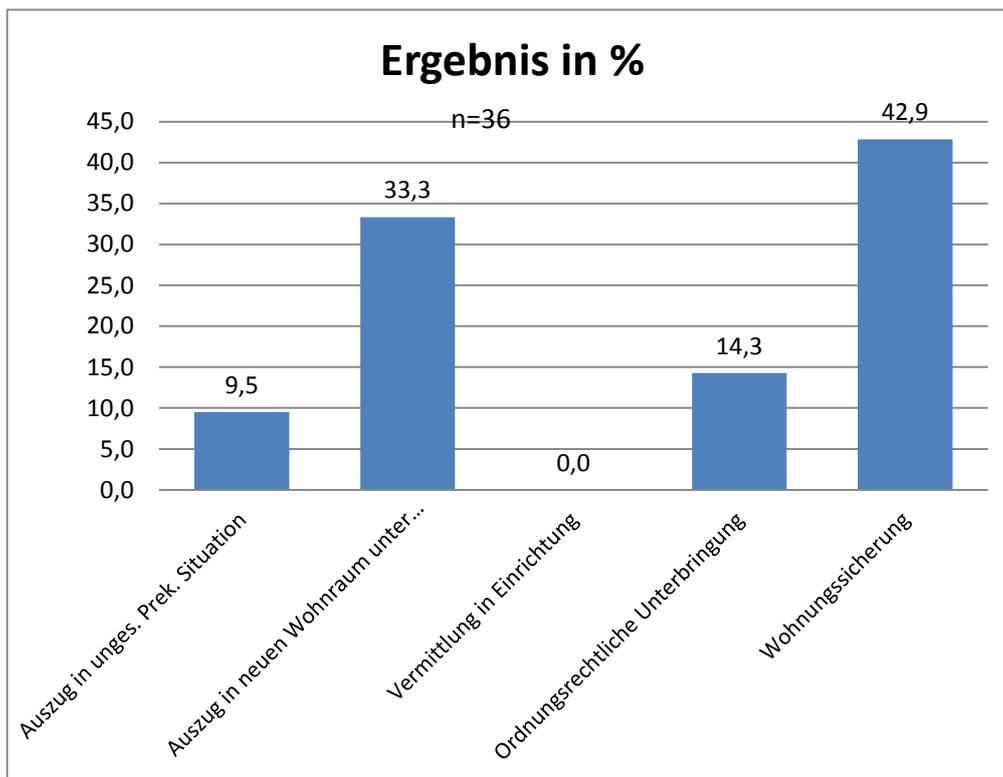
Sehr oft ist die Fachstelle Mittlerin zwischen Jobcenter, Vermieter und Mieter. Die Arbeitsweise basiert auf dem bewährten Ansatz der Mediation mit ihren Prinzipien Allparteilichkeit, Freiwilligkeit, Stärkung der Eigenverantwortlichkeit, Vertraulichkeit und Transparenz.

Zudem dominieren die Einzelfallberatung und eine stark vernetzte Vorgehensweise. Gerade im ländlichen Raum ist der Aspekt der Vernetzung sehr zentral, da lokale Akteure direkt vor Ort sind und den regelmäßigen Kontakt und eine Betreuungskontinuität leichter herstellen / erhalten können.



2.12 Ergebnis / Wirkung der Fachstellenarbeit

Bei dem Ergebnis fällt auf, dass bei knapp 43 % (Vorjahr: 50 %) der Haushalte die Wohnung gesichert wurde. Bei weiteren 33,3 % (16,2 %) wurde eine alternative Wohnung gefunden. Das bedeutet, dass sich bei etwa 76,3 % (66 %) der Haushalte (abgeschlossene Beratungen) die Gesamtsituation stabilisiert und verbessert hat. Für viele Haushalte ist es wichtig einen Ansprechpartner in ungesicherten Wohnsituationen zu haben. Die Fachstelle kann das Räumungsverfahren erläutern und über weiterführende Hilfen informieren. So konnte häufig schon im Rahmen von Einmalberatung geholfen werden. Bei den Haushalten, bei denen die Wohnungssicherung nicht möglich war, zeigte sich oft, dass die Mieten nicht angemessen waren. Hier spielen die herabgesenkten Angemessenheitsgrenzen des Kreises gerade bei Familien im ländlichen Raum eine große Rolle.



3. Vernetzung

Neben der Erstellung der Website wurde die Vernetzung mit anderen Facheinrichtungen und Behörden von Lörrach und Weil auf den Landkreis weiter ausgeweitet und intensiviert.

Dazu gab es erneut mehrere Vernetzungstreffen und Informationsveranstaltungen, um über das Projekt zu informieren und den Bekanntheitsgrad zu steigern.

Im Einzelnen gab es Kooperationstreffen mit den Gemeinden Grenzach und Rheinfeld, eine Informationsveranstaltung mit dem Haus- und Grundstückseigentümergebund für den Landkreis Lörrach und einen Fachvortrag beim Diakonischen Werk Bergstraße zum Thema Prävention von Wohnungsverlusten. Auch wurde eine konkrete Vernetzung mit der neuen Caritas Außenstelle Zell i.W. begonnen, die im Rahmen eines Pressetermins der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Zudem wurde versucht, die Beratung der Fachstelle beim „Beratungscafé Gambrinus“ in Rheinfeld durch eine monatliche Sprechstunde anzubieten. Das Gambrinus bündelt ehrenamtliche Initiativen mit einem Schwerpunkt in der Beratung von Menschen mit Migrationshintergrund. Der Ansatz sich mit lokalen Initiativen stärker und zielgerichtet zu vernetzen wird – genau wie die Kooperation mit der Außenstelle der Caritas in Zell i.W. – als potenziell erfolgversprechend für die Kontaktaufnahme und –herstellung angesehen.

Des Weiteren gab es eine zweite Informationsveranstaltung, zu der die Gemeinden im Landkreis von der Dezernentin Frau Zimmermann-Fiscella eingeladen wurden. Die Vertreter der Ordnungsämter wurden von Herrn Heinz und Frau Ziegler den Stand des Modellprojektes informiert mit dem Ziel der Zusammenarbeit bei Wohnungsnotfällen und zur Sensibilisierung für das Thema Wohnungserhalt.

Zur Information der Öffentlichkeit gab es eine Vorstellung der Resultate des 1. Zwischenberichts im Rahmen eines Pressegesprächs. Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen, sozialen Einrichtungen und der lokalen Politik wurden darüber hinaus fortlaufend informiert.

Auch fand ein zweiter Termin des Projektbeirats statt. Der Beirat besteht aus folgenden Mitgliedern: der Vertreterin des Diözesancaritasverbandes, Frau Dr. Hahn, dem leitenden Mitarbeiter des Sozialministeriums Stuttgart, Herrn Danner, der Geschäftsführerin des Kreiscaritasverbandes Frau Schemel, dem Mitarbeiter von Herrn MdB Schuster, Herrn Dr. Vogelpohl und der Mitarbeiterin des Diakonischen Werks im Landkreis Lörrach, Frau Binder, die im ländlichen Raum in einer Beratungsstelle des DW tätig ist. Von Seiten der AGJ nehmen am Beirat Frau Ziegler und Herr Heinz (LK Lörrach) und Herr Rutschmann, Referat Wohnungslosenhilfe teil.

Mit der Caritas fanden insgesamt vier Kooperationsgespräche mit der Leitung und einzelnen Mitarbeitern statt. Auch mit dem Jobcenter gab es drei Vernetzungsgespräche.

Die Fachstelle hat vier Mal an sozialen Arbeitskreisen teilgenommen. Mit Herrn Prof. Gögercin fanden drei Treffen im Rahmen der wissenschaftlichen Projektbegleitung durch die DHBW statt.

Mehrere interessierte Wohnungslosenhilfeeinrichtungen in Südbaden erhielten von Herrn Heinz Informationsunterlagen zur Fachstelle.

Die Kontakte zu vielen Netzwerkpartnern der Fachstelle erwiesen sich als stabil und verlässlich. Die Hauptvernetzungspartner waren:

- Ordnungsämter
- Jobcenter Lörrach
- Amtsgerichte Schopfheim und Schönau
- Diakonie Schopfheim, Caritas für den Landkreis Lörrach
- u.a. bwlV Suchthilfe, Pro Familia, Wohnbau u. Beratungscafé Rheinfeld, Rechtsanwälte im LK, gesetzliche Betreuer, die Betreuungsbehörde, der Kinderschutzbund, Familienhelferinnen, das BBV-Bildungsprojekt u.v.m.

- Sozialdiensten des Landkreises

Um die Arbeit weiter gehend fachlich und persönlich zu reflektieren, wurde von Seiten der AGJ Wohnungslosenhilfe im LK Lörrach ein Coaching installiert, das auch supervisorische Aspekte erfüllte.

4. Zwischenresümee

Abschließend wird im Hinblick auf die Fragestellungen des Modellprojekts die Auswertung der Fachstellenarbeit wie folgt resümiert:

Im zweiten Jahr des Projektes wurden 135 Haushalte erreicht. Das sind 20 Haushalte mehr als im Vorjahr (+ 14,8 %). Dabei muss einschränkend erwähnt sein, dass der vorliegende 2. Bericht ein ganzes Kalenderjahr abbildet. Der 1. Bericht bezog sich lediglich auf einen Zeitraum von 10 Monaten. Die erreichten Haushalte, die zu 98 % unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht waren, kamen fast aus allen Gemeinden in dem Landkreis Lörrach und waren vorwiegend 61 % (Vorjahr: 68 %) mit einer Räumungsklage konfrontiert, bevor es zum ersten Kontakt mit der Fachstelle kam.

In Anbetracht der rund 56 % erreichten Familien wird konstatiert, dass die Zielgruppe auch im zweiten Jahr erreicht wurde.

Die Fachstellenarbeit kann insofern als nachhaltig betrachtet werden, dass bei 92,6 % der abgeschlossenen Fälle in relativ kurzem Berichtszeitraum nur 7,4 % „rückfällig“ wurden, indem sie um einen erneuten Kontakt mit der Fachstelle aufnahmen.

Bei den von der Fachstelle erreichten Haushalten ist der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund auch im vorliegenden Berichtszeitraum mit 47 % vergleichsweise sehr hoch.

Hinsichtlich des Zugangs der von Wohnungslosigkeit Betroffenen zeigt sich, dass Vernetzung, klare Absprachen und gute Öffentlichkeitsarbeit sich lohnen: Die Fachstelle wurde in rund 50 % (etwa + 10 % im Vergleich zum Vorjahr) der Fälle in Delegation des Landkreises von den Amtsgerichten direkt informiert, über ein Fünftel wurde durch andere Institutionen vermittelt, während ein weiterer, vergleichsweise sehr hoher Teil der Betroffenen (25,5 %) eigeninitiativ zur Fachstelle kam.

Bei den Vermietern überwiegen die privaten Vermieter. Öffentliche Wohnungsgeber nehmen mit rund 13 % nach wie vor eine untergeordnete Rolle ein.

Bei rund 80 % der Betroffenen haben die Mietschulden dazu geführt, dass sie nun von Wohnungslosigkeit bedroht sind. Dahinter stehen wiederum vielfältige Probleme wie Erwerbslosigkeit, Überschuldung, psychische Probleme, Krankheit und Behinderung. So bestand die Unterstützung der Betroffenen durch die Fachstelle neben Einmalberatung aus Vermittlung und intensiveren Begleitungen, sodass eine Betreuungskontinuität hergestellt bzw. erhalten werden konnte. Dazu trugen nicht zuletzt die persönlichen Kontakte, die sich im Modellprojekt insgesamt als sehr hilfreich erwiesen. Deutlich gestiegen ist die Zahl der Kündigungen wegen Eigenbedarf.

Betrachtet man die abgeschlossenen Beratungen (73 %), hat sich die Gesamtsituation bei etwa über 76 % der Haushalte stabilisiert und verbessert, indem entweder die Wohnung gesichert (bei knapp 43 % der Haushalte) oder eine alternative Wohnung gefunden wurde (bei weiteren 33,3 %).

Ausgehend von den skizzierten Vernetzungen und Kooperationen der Fachstelle kann in der Gesamtschau konstatiert werden, dass die Netzwerkstruktur für den Bereich der Prävention von Wohnungsverlusten im Landkreis Lörrach weiter verbessert werden konnte. Hinsichtlich der bundesweiten Übertragbarkeit können zum jetzigen Zeitpunkt weiterhin nur ansatzweise Aussagen gemacht werden. Es ist zu vermuten, dass – neben der Einführung der Website - die Parameter Vernetzung im Sozialraum und die Informationsweitergabe durch die Amtsgerichte weiterhin maßgeblich zum bisherigen Erfolg des Projektes beigetragen haben. Diese

Parameter vorausgesetzt, ist die Übertragbarkeit auf vergleichbare Landkreise im Bundesgebiet durchaus vorstellbar.

Dass das Thema Prävention von Wohnungsverlusten eine immense Bedeutung gewinnen dürfte macht die bereits zitierte Studie des Sozialministeriums Baden-Württemberg – durchgeführt von der GISS Bremen⁶ – deutlich: demnach nimmt das Land bundesweit einen Spitzenplatz in der Zahl der Wohnungslosen in Deutschland ein. Am 1.10.2014 wurden stichtagsbezogen knapp 23.000 Personen in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe und in kommunalen Obdachlosenunterkünften gezählt. Eine der wesentlichen Forderungen der GISS lautet daher, den Ausbau der Präventionsfachstellen flächendeckend voran zu bringen.

So kann nur gehofft werden, dass das Lörracher Modellprojekt eine Folgefinanzierung mit einer angemessenen Personalausstattung erhalten wird. Die derzeitigen 30 % einer Vollzeitstelle reichen bei weitem nicht aus, um aufsuchende Arbeit auch nur ansatzweise durchzuführen. Nur bei 2 Haushalten (1,4 %) konnte ein Hausbesuch gemacht werden. Auch die Tatsache, dass lediglich 32,4 % der Haushalte über die Komm-Struktur erreicht wurden, zeigt, dass bei weitem nicht der gesamte Bedarf an Beratung abgedeckt werden konnte. Das wäre nur bei einer Erweiterung des Stellendeputats und bei einer entsprechenden Intensivierung der Steigerung des Bekanntheitsgrades der Stelle zu bewältigen. Bei dem Modellprojekt fließen außerdem noch in nicht unerheblichem Ausmaß ehrenamtliche Personalressourcen der AGJ Wohnungslosenhilfe im Landkreis mit ein. Eine auskömmliche Personalausstattung, die auch Urlaubs- und Krankheitsvertretungen mit einschließt würde eine Vollzeitstelle pro 100.000 Einwohner erfordern. Ein dauerhaftes Engagement unterhalb dieser Personalbemessung wird auch in Anbetracht der zu erwartenden Entwicklung der Obdachlosenzahl und der Zahl der Flüchtlinge mit Bleibeperspektive, die nicht mit Wohnraum versorgt werden können und in Wohnungsnot geraten können, nicht zu realisieren sein.

Dabei vermuten wir, dass die Fortführung und Ausweitung des Projektes erhebliche finanzielle Einsparungen für Kommunen mit sich bringen würde, da mit jeder Verhinderung von Obdachlosigkeit hohe Folgekosten im Bereich der ordnungsrechtlichen Unterbringung vermieden werden könnten.

Der Projektverlauf im Jahr 2016 wird zeigen, ob und wie sich die bisherigen Parameter bestätigen und wie der Erfolg weiter – und mit Blick auf die bundesweite Übertragbarkeit – optimiert werden kann.

Prof. Dr. Süleyman Gögercin

Stefan Heinz M.A., Dipl.- Sozialarbeiter FH

Sylvia Ziegler, Dipl.-Sozialarbeiterin FH

⁶ https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Publikationen/Bericht_Wohnungslosigkeit_BW_GISS-Studie.pdf